

Region

Gegner und Befürworter äussern sich

Biel Es sei weiter unbestritten, dass Biel eine Umfahrung brauche: Das sagen die Westastbefürworter in einer Mitteilung. Doch man sei einverstanden damit, dass das geplante Autobahnprojekt nicht umsetzbar sei.

Mit einer offiziellen Mitteilung haben sich gestern Vertreter des Komitees Pro A5-Westast zu Wort gemeldet, das unter anderem die grossen Wirtschaftsverbände vertritt: Es sei für sie weiterhin unbestritten, dass die Agglomeration eine Westumfahrung benötige. Hingegen nehme das Komitee zur Kenntnis, dass das aktuelle Ausführungsprojekt in seiner ursprünglichen Form so nicht umsetzbar sei. «Eine Null-Lösung kommt aber nicht infrage, weil dies die Region schwächen und die verkehrliche Situation verschärfen würde. Das Ausführungsprojekt soll jedoch als Referenz dienen», heisst es weiter. Man werde sich auch in Zukunft für eine rasche Realisierung dieses für die Region wichtigen Projekts einsetzen. Das Ergebnis des Dialogprozesses sehe man als erste Zwischenetappe.

Folgende Punkte seien für das Komitee unverhandelbar: die Vollendung des Netzbeschlusses, die Realisierung des Portunnels zur Entlastung der Agglomeration, namentlich der Gemeinden Nidau, Port und Ipsach und die Anbindung des Stadtzentrums an die A5-Umfahrung. Mit all diesen Massnahmen werde es gelingen, für alle Verkehrsteilnehmer attraktive Verbindungen zu schaffen. Ganz nach dem Motto «Menschen an die Luft, motorisierter Privat- und Geschäftsverkehr unter die Erde» werde Lebensqualität geschaffen, moderne Mobilität gefördert, nachhaltiges Wachstum und Wohlstand gesichert. Dabei gelte es, den Verkehr im Stadtraum nicht als Problem, sondern als Chance wahrzunehmen.

Langer und steiniger Weg

Es sei ein langer und zuweilen steiniger Weg gewesen. Umso mehr freue man sich nun, dass der Dialogprozess zum Westast mit einem breit abgestützten Lösungsvorschlag abgeschlossen werden könne. Dies vermeldeten gestern die westastkritischen Organisationen. «Grosse Teile der Westastopposition haben anerkannt, dass die Lücke im Nationalstrassennetz geschlossen werden soll – während Befürworter und Gemeinden das offizielle Projekt aufgegeben haben.»

Möglich geworden sei der Kompromiss durch ein Zukunftsbild, das im Dialogprozess gemeinsam mit einem ganzheitlichen Ansatz erarbeitet wurde. «Es stellt die Aufenthalts- und Lebensqualität der Stadt ins Zentrum – anstelle der stark verkehrszentrierten Sichtweise der früheren Jahre.» Darauf aufbauend soll eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung mit Naherholungsgebieten und einer Priorisierung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs angestossen werden. Insbesondere im Gebiet zwischen Bahnhof und See komme der Rückzug des offiziellen Projekts und die Aufhebung des Enteignungsbanns einem Befreiungsschlag gleich: «Die jahrzehntelange Blockade ist gelöst und eröffnet neue städtebauliche Chancen.»

Mit dem Abschluss des Dialogs finde ein Ende, was vor mehr als zwanzig Jahren mit der Kritik von Quartierbewohnern und Fachverbänden an den Entwürfen der offenen Autobahnanschlüsse in der Stadt begonnen habe. 2015 wurde das Komitee «Westast so nicht» gegründet mit dem Ziel, das offizielle Auflageprojekt zu verhindern. Der Protest entwickelte sich über die Jahre zu einer Bürgerbewegung, der sich zahlreiche Verbände und Vereine angeschlossen haben.

Etwas zu feiern hatten gestern entsprechend auch Vertretende der westastkritischen Bürgerbewegung «Biel wird laut»: Für einmal traf man sich aber nicht zum Demonstrieren auf der Strasse, sondern digital über «Zoom». Isabelle Freymond moderierte die Zusammenkunft. *mt/bal*

«Das Autobahnmonster ist tot»

Westast Sowohl bei Gegnern als auch bei Befürwortern war gestern eine Erleichterung zu spüren: Nach Konsens gefunden. Dafür ist der bernische Baudirektor Christoph Neuhaus (SVP) voll des Lobes.

Deborah Balmer

Die Freude ist gross: «Der vorliegende Schlussbericht ist ein Erfolg». «Wir bedanken uns bei der Gegenseite». «Es ist uns gelungen, den Auftrag der Behördendelegation zu erfüllen». «Das Autobahnmonster ist tot». «Statt, dass riesige Anschlüsse im Zentrum gebaut werden, kann sich nun das Quartier entwickeln».

Zum Abschluss des fast zwei Jahre dauernden Dialogprozesses sind gestern markige Worte gefallen. Es war die 27. Sitzung in der Lösungsfindung im Bieler Autobahnstreit. Dieser hatte nicht nur die Politik, sondern auch die Entwicklung der Städte Biel und Nidau über Jahrzehnte hinweg blockiert. «Nun gibt es einen guten Grund zu hoffen, dass sich diese Blockade endlich löst», sagte Dialogleiter Hans Werder gestern, der den Prozess seit Beginn begleitet hat.

Während zahlreichen Stunden sind seither Autobahngegner und Autobahnbefürworter zusammen an den runden Tisch gesessen, um die Vorgaben der Behörden zu erfüllen: Eine breit abgestützte Lösung rund um den Bieler Westast zu finden. Eine Delegation der Dialoggruppe hat gestern nun den Schlussbericht mit Erkenntnissen und Empfehlungen an Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) übergeben. Der Bau- und Verkehrsdirektor des Kantons Bern war als Behördenvertreter vor Ort. Zweimal ist der Dialogprozess verlängert worden: einmal wegen des coronabedingten Lockdowns; das andere Mal wegen den Bieler Wahlen im Herbst 2020.

Nun kam es gestern zu einem erfolgreichen Abschluss. 28 von 30 beteiligten Organisationen haben das erwähnte Schlussdokument unterschrieben und sind einverstanden mit den Empfehlungen an die Behörden. Sowohl auf Autobahnbefürworter- wie auch auf Autobahngegnersseite gibt es zwar Organisationen, die den Bericht nicht mittragen. Es sind dies auf Befürwortersseite der Automobilclub (ACS) und bei den Gegnern die Interessengemeinschaft «Häb Sorg zur Stadt». Zudem sind ein paar wenige Einzelpersonen ausgestiegen. «Es ist nicht überraschend, dass am Ende eines solchen Prozesses nicht mehr alle dabei sind», sagte Dialogleiter Hans Werder gestern zu Beginn der Sitzung, die für alle Mitglieder und Medienvertreter digital via «Zoom» übertragen wurde.

Stab geht an Behörden zurück

Symbolisch ist neben dem Schlussbericht auch ein Stab an die Behörden zurückgegeben worden: Regierungsrat Christoph Neuhaus nahm diesen entgegen und gestand, dass er zu Beginn des Dialogprozesses nicht sehr zuversichtlich gewesen sei, dass die Konsensfindung gelingen würde. «Die Fronten

waren einfach zu stark verhärtet», sagt er (siehe auch Interview unten). «Doch nun hat die Dialoggruppe das von den Behörden vorgegebene Ziel erreicht», sagt Neuhaus zufrieden. Zu den wichtigsten Punkten im Schlussbericht gehört laut Neuhaus, dass der Kanton Bern nicht am Ausführungsprojekt festhalten solle. Dass aber der Porttunnel gleichzeitig weiterverfolgt und gebaut werden soll. Ebenso, dass die Umsetzung der kurz- und mittelfristigen Massnahmen angegangen werde und dass am Ende ein übergeordnetes Projekt realisiert werden soll, um die Lücke im Autobahnnetz doch noch zu schliessen.

Neuhaus bedankte sich ganz offiziell bei allen beteiligten Organisationen, «die auf Augenhöhe aufeinander zugegangen sind und dabei viel Zeit investiert haben. Ich schätze das sehr». Zum Schluss sagte der bernische Bau- und Verkehrsdirektor: «Ich erkläre hiermit den Dialogprozess als beendet.»

«Meilenstein – nicht nur für Biel»

Neuhaus' Dank ging unter anderem auch an den Städtebauexperten Han van de Wetering. Dieser sagte gestern: «Der Dialogprozess ist auch eine Chance für bessere Planung. Er ist somit nicht nur ein Meilenstein für Biel, sondern für die ganze Schweiz. Solche und teure Projekt sollten künftig stets in einem solchen Dialog betrachtet werden.» Zu seinem Fazit zähle unter anderem, dass in dichtem Stadtgebiet der Verkehr und die Stadtentwicklung nicht losgelöst voneinander betrachtet werden könnten.

Ebenso äusserte sich der Verkehrsexperte Fritz Kobi zum Prozess. Das Verkehrsaufkommen sei in der Stadt Biel auf den meisten Achsen noch erträglich. «Man muss nun aber sofort beginnen, Massnahmen zu realisieren, sonst wird es unerträglich», so Kobi. Dabei gehe es

«Ich erkläre hiermit den Dialogprozess als beendet».

Christoph Neuhaus, Regierungsrat



«Biel wird laut»: Isabelle Freymond moderierte plante Autobahn massgeblich zur Verhinderung

gestern die digitale Zusammenkunft der westastkritischen Bürgerbewegung «Biel wird laut». Sie hatte mit dem Widerstand gegen die ges des Projekts beigetragen. LEE KNIPP

darum, sich in die Zukunft hineinzu-denken: Wie entwickelt sich das Mobilitätsverhalten? Wird es mehr elektrische Fahrzeuge oder sogar selbstfahrende Autos geben? Wie wirkt sich die Coronapandemie längerfristig auf den Verkehr aus? «Wir wissen das alles nicht, müssen aber die Augen offen und eine Lösung bereit halten.»

Die Freude war auch bei Vertretern der Westastkritiker gross. So sagte der Bieler Stadtrat Urs Scheuss (Grüne): «Das Ergebnis ist eine neue Chance für die Stadtentwicklung zwischen Biel, Nidau und dem See.» Mit der erfolgreichen Verhinderung des Westasts sei man nun sogar Beispiels für andere Regionen. Deutliche Worte brauchte auch eine weitere Vertreterin der Gegner, Catherine Duttweiler: «Das Autobahnmonster ist tot.» Noch nie sei in der Schweiz auf eine fertig geplante Autobahn verzichtet worden. «Mit dem Dialogprozess haben wir zwei Stadtquartiere vor der Zerstörung gerettet», sagte sie. Und nicht zuletzt habe man sehr viel Geld gespart: 720 000 Franken hätte der Autobahnrest des Westasts gekostet. 43 Millionen Franken hätte der Unterhalt im Jahr betragen. «Damit wäre dies die teuerste Schweizer Autobahn überhaupt geworden.»

Der Vertreter der Westastbefürworter, Peter Bohnenblust (FDP), sagte: «Der vorliegende Kompromiss ist für uns Befürworter vertretbar. Unter anderem, weil der Porttunnel trotzdem gebaut und so die Agglomeration vom Verkehr entlastet wird.» Gilbert Hürsch, ebenfalls auf der Seite der Befürworter zu finden, sagte: Positiv sei der Wille, den Netzbeschluss und die Umfahrung von Biel zu vollenden. Es sei nun an den Behörden, die Umsetzung voranzutreiben.

Alles zum Thema Westast www.bielertagblatt.ch/a5

«Der Bund soll das Ausführungsprojekt abschreiben»

Regierungsrat in Biel hatte der bernische Bau- und Verkehrsdirektor in jüngster Vergangenheit einen schweren Stand: Er wurde etwa im August vor zwei Jahren vor dem Kongresshaus von Westastgegnern mit einem gellenden Pfeifkonzert empfangen.

Interview: Deborah Balmer

Christoph Neuhaus, Sie waren nicht immer gern gesehen in Biel. Mit welcher Gefühl sind Sie gestern hier gekommen?

Christoph Neuhaus: Ich habe nach wie vor das Gefühl, dass es eine Autobahnanbindung in Richtung Neuenburg braucht. Im August vor zwei Jahren suchte ich erstmals das direkte Gespräch mit den Westastgegnern. Nun komme

ich mit einem besonders guten Gefühl zurück nach Biel, weil es gelungen ist, zusammen zu reden.

Damals wurde das Ausführungsprojekt mit dem alternativen Vorschlag des Komitees «Westast – so nicht» verglichen. Sie machten unmissverständlich klar: Für ein anderes Pro-

jekt gibt es vonseiten des Regierungsrats und des Bundesamts für Strassen kein Geld. Seither ist viel passiert.

Ja, vor rund zwei Jahren galt dies tatsächlich. Da waren die Fronten aber auch sehr stark verhärtet, die Positionen zementiert. Wir schauten also, dass wir den Dialogprozess starten können, um ins Gespräch zu kommen, was nach einem herzigen Start dann auch tatsächlich gelungen ist.

Hätten Sie damit gerechnet, dass ein Konsens zwischen Gegnern und Befürworter erreicht wird?

Gehofft habe ich das immer. Gerade am Anfang konnte man allerdings nicht damit rechnen, dass der Dialog gelingt. Die Behörden mussten dann nochmals etwas Druck aufsetzen, weil wir uns Sorgen gemacht haben, dass man kein möglichst

breit abgestütztes Resultat finden würde. Heute bin ich froh, sind wir an diesem Punkt angelangt.

Sie behaupteten vor zwei Jahren: Eine Mehrheit sei für das offizielle Autobahnprojekt, wage sich aber nicht, das zu sagen. Wie denken Sie heute über diese Aussage?

Wir haben in der Stadt Biel noch immer 80 Prozent hausgemachten Verkehr und 20 Prozent Durchgangsverkehr. Und ganz wichtig: eine Lücke im nationalen Autobahnnetz, die geschlossen werden muss. Als Baudirektor des Kantons bin ich also nach wie vor überzeugt, dass man etwas tun muss. Gleichzeitig bin ich auch Realpolitiker und ich will nicht et was bauen, was die Leute nicht wollen. Schliesslich werden wir nie herausfinden, ob das Ausführungsprojekt die

zahlreichen Sitzungen ist der Dialog gelungen und ein breit abgestützter

Wichtigste Empfehlungen und Erkenntnisse im Schlussbericht

Zu den wichtigsten Empfehlungen bei den kurz- und mittelfristigen Lösungen gehören unter anderem:

- Verantwortungsvolles und nachhaltiges Mobilitätsverhalten fördern

- Städtebauliche Strategie für das Entwicklungsgebiet zwischen dem Bieler Bahnhof und dem See erstellen

- Gesamtheitliches Projekt Brüggmoos – Bernstrasse – Ländtestrasse – Seevorstadt entwickeln

- Weiterentwicklung des öV-Angebots

- Den Porttunnel realisieren und den öV

des rechten Bielerseeufers bis Bözingen weiterentwickeln

- Hubs und P+R bei den Autobahnanschlüssen

- Erste konkrete Massnahmen im Bereich öV, MIV, Fuss- und Veloverkehr rasch anpacken

Zu den wichtigsten Empfehlungen bei der langfristigen Lösung gehören unter anderem:

- Die längerfristige Lösung ist mit Unsicherheiten und einer rasanten Entwicklung verbunden. Beides ist in einer langfristigen Lösung zeitgemäss einzubeziehen

die rechten Bielerseeufers bis Bözingen weiterentwickeln

- Machbarkeitsstudie: Den Behörden von Bund und Kanton wird empfohlen, diese strategische Option zusammen mit Stadt und Region zu konkretisieren. Die Erkenntnisse aus dem Ausführungsprojekt sind dabei zu berücksichtigen

Zu den wichtigsten Empfehlungen beim Prozess und zur Finanzierung gehören unter anderem:

- Die kurz- und mittelfristigen Lösun-

gen und die Planungsempfehlungen sind konsequent umzusetzen. Die langfristige Lösung ist so vorzubereiten, dass eine rasche Realisierung möglich ist

- Als erste Massnahme soll eine übergeordnete Projektorganisation eingesetzt werden.

- Monitoring und Controlling regional angehen und einführen. Dies erfasst unter anderem Veränderungen zum Verkehrsgeschehen

- Eine vordringliche Aufgabe ist es, die Finanzierung durch Bund, Kanton, Gemeinden und Dritte zu klären und zu koordinieren *bal*

Vier Parteien fordern Familienabo für das Parkschwimmbad Lyss

Lyss SP/Grüne, BDP und GLP haben gestern an der Sitzung des Grossen Rats ein Postulat eingereicht, das die Einführung von Familienabos für die Badi fordert. Ausserdem wurde Jürgen Gerber von der EVP zum neuen GGR-Präsidenten gewählt.

Bei der gestrigen Sitzung des Grossen Gemeinderats (GGR) Lyss war man sich fast durchgehend einig. Die vorliegenden Kreditabrechnungen schlossen allesamt mit einer Kostenunterschreitung ab und gaben kaum Anlass zu Diskussionen. Einzig Thomas Brauen (SVP) merkte an, es sei zwar erfreulich, wenn Projekte weniger Geld kosten als ursprünglich budgetiert. Aber eine Abweichung von über 50 Prozent wie etwa bei der Sanierung der Kanalisation im Friedhofweg sei doch etwas gar viel. Üblich sei eine Abweichung von zehn Prozent. Brauen rief dazu auf, künftig im Vorfeld mehr Abklärungen zu treffen.

Abonnement für Familien gefordert

Zu reden gab ausserdem die Erhöhung der Eintrittspreise für das Parkschwimmbad Lyss. Vor einem halben Jahr hat die Fraktion SP/Grüne mittels Postulat gefordert, diese wieder zu senken. Das ist aber für den Gemeinderat keine Option. Man wolle nicht Familien schröpfen, sagte Gemeinderat Jürg Michel (SVP). Aber der Badiverbund mit Aarberg sei wichtig. Und in diesem könne man die Preise für die Badi Lyss nicht senken.

Katrin Meister (SP), Co-Präsidentin der Fraktion SP/Grüne, sagte, man sei mit der Beantwortung des Postulats nicht glücklich. Der Gemeinderat sei nicht auf ihr Anliegen eingegangen. Man wolle nicht den Verbund gefährden, sondern in erster Linie die Preise für Schülerinnen, Lehrlinge, Studentinnen, AHV- und IV-Bezügler senken. Der Gemeinde-

rat nehme nicht Stellung dazu, nur für einzelne Kategorien den Tarif zu ändern. Ebenso wenig habe er geprüft, verschiedene Saisonabonnements anzubieten: Eines, bei dem die Badi Aarberg inbegriffen ist und eines, das nur in Lyss gültig ist. «Wir sind enttäuscht von der Antwort des Gemeinderats», sagte Meister.

Die Fraktion SP/Grüne hat nun Verstärkung von der BDP und der GLP erhalten: Sie finden, ein vergünstigtes Familienabo wäre sinnvoll. Deshalb haben die drei Fraktionen gestern ein neues Postulat eingereicht, das ein Familienabonnement sowohl für Lyss als auch für Aarberg fordert. Denn aktuell seien die Eintrittspreise für die Badis in Lyss und in Aarberg die teuersten in der Region, so Meister. Münchenbuchsee, Grenchen und Schüpfen seien allesamt günstiger. In der Folge hat der GGR das erste Postulat «Baditarife: Preise 2019 beibehalten» mit 27 zu 12 Stimmen als erfüllt abgeschrieben.

GGR-Präsidium fällt der EVP zu

Zuletzt wurden wie jedes Jahr das Präsidium, das Vizepräsidium sowie die Stimmzählenden für das nächste Jahr gewählt. Welches Amt welcher Partei zufällt, bestimmt jeweils das Rotationsprinzip. Der GGR wählte Jürgen Gerber, Fraktionspräsident der EVP Lyss, einstimmig zum Präsidenten. Gerber sagte, er freue sich auf eine gute Zusammenarbeit und auf einen konstruktiven Diskurs. «Gemeinsam sehen wir mehr, und wenn wir einander zuhören, können wir besser Entscheidungen treffen.»

Barbara Hess (FDP), bisher zweite Vizepräsidentin, wurde zur ersten Vizepräsidentin gewählt und Viktor Studer (GLP) zum zweiten Vizepräsidenten. Die Stimmen zählen werden ab Januar Stephanie Tschanz (BDP) und Oriana Pardini (SP). *Sarah Grandjean*

Weitere Beschlüsse

- Kreditabrechnung für die **Sanierung Zivilschutzanlage Sonnhalde** von 1 500 797 Franken ohne effektive Kosten für die Gemeinde genehmigt.
- Abrechnung Rahmenkredit für die **Umsetzung des Fahrzeug- und Materialbeschaffungskonzepts «Biber»** der Feuerwehr Lyss von 841 937 Franken mit einer Kostenunterschreitung von 8063 Franken genehmigt.
- Kreditabrechnung für die **Sanierung des Kugelfanges respektive für die Montage von Kugelfangkästen** von 161 772 Franken mit einer Kostenunterschreitung von 38 228 Franken genehmigt.
- Kreditabrechnung für die **Neugestaltung Marktplatz Lyss** von 2 003 664 Franken mit einer Kostenunterschreitung von 536 336 Franken genehmigt.
- Kreditabrechnung für die **Sanierung der Kanalisation im Bereich Marktplatz** von 299 164 Franken mit einer Kostenunterschreitung 50 836 Franken genehmigt.
- Kreditabrechnung für die **Sanierung des Friedhofweg Lyss** von 391 346 Franken mit einer Kostenunterschreitung 318 654 Franken genehmigt.
- Kreditabrechnung für die **Sanierung der Kanalisation im Friedhofweg** von 236 765 Franken mit einer Kostenunterschreitung von 378 235 Franken genehmigt. *sg*

Ein Teil der Bastelarbeiten kommt wieder an den Baum

Nidau Die Nidauer Stadtpräsidentin Sandra Hess hat sich für das Entfernen der von Schülerinnen und Schülern hergestellten Dekoration des Weihnachtsbaums an der Hauptstrasse entschuldigt.

«Doch noch Happend für Weihnachtsbaum im Stedtl» ist als Weihnachtsbaum überschrieben, das die Stadt Nidau gestern verschickte. Inhalt der Mitteilung: Stadtpräsidentin Sandra Hess kommt den Schülerinnen und Schülern entgegen, welche die Dekoration an dem schlagzeilentragenden Baum gebastelt hatten. Hess und der Stadtschreiber hatten die Bastelarbeiten kurzerhand entfernt und durch klassische Kugeln ersetzt lassen, nachdem bei der Gemeinde negative Reaktionen dazu eingegangen waren (siehe BT vom Samstag). Dies hatte im Stedtl einen kleinen Sturm der Entrüstung ausgelöst.

Der Gemeinderat schreibt in seiner gestrigen Mitteilung von Kommunikationspannen innerhalb der Stadtverwaltung sowie einer «unsensiblen Umsetzung» des Abbaus. Dass das Vorgehen der Gemeinde einige verletzt habe, sei niemandes Absicht gewesen, wird Hess zitiert. Es sei «unentschuldig» und tue «allen Beteiligten sehr leid». Und weiter: «Wir schätzen das Engagement der Schülerinnen und Schüler und verdanken dieses ausdrücklich. Auch wenn wir diesen Fauxpas nicht rückgängig machen können, wollen wir die geleisteten Schülerarbeiten offiziell würdigen.»

Morgen Nachmittag wird der Weihnachtsbaum in Anwesenheit der Stadtpräsidentin und der Werklehrerin wieder mit einem Teil der Bastelarbeiten dekoriert. Zudem erklären Informationsafeln die Grundidee hinter diesen Arbeiten. Weiter wird mit dem anderen Teil der Arbeiten der Baum vor dem Balinen-Schulhaus geschmückt. Zudem kündigt die Stadt Schritte an, damit sich die Kontroverse in den kommenden Jahren nicht wiederholt. Man nehme die Ereignisse der letzten Woche zum Anlass, die Bevölkerung in die Dekoration des Stedtl einzubeziehen, heisst es. *mt/mic*

Region